

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanstalt: Tagesblatt Riess.  
Grunn Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riess, des Finanzamts Riess und des Hauptzollamts Reichen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkassento: Dresden 1533  
Circulasse Riess Nr. 52.

Nr. 224.

Dienstag, 25. September 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 22. bis 25. September 1923 000000 Mark einfl. Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile 120 Mk.; die 89 mm breite Reflektanzzeile 400 Mk.; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Der jeweils zur Berechnung gelangende Zeilenpreis ergibt sich aus vorstehenden Grundzahlen vervielfacht mit der am Tage der Aufnahme gültigen Anzeigenschlüsselzahl. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versät, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riess. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riess. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riess; für Anzeigen: Wilhelm Pittrich, Riess. Einfl. Nr. 20000.

Das Ortsgesetz über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen an die unbesoldeten Ratsmitglieder und die Stadtratsmitglieder vom 13. Juli 1923 liegt am 27. September 1923 ab 14 Tage lang zu jedermanns Einsicht im Rathaus, Zimmer Nr. 3, öffentlich aus. Der Rat der Stadt Riess, am 24. September 1923.

Verichtigung zu gefriger Bekanntmachung über Reichsmietenzuschläge. Bei den großen Inkonsequenzen muß es heißen: 50000 fache Grundmiete. Der Rat der Stadt Riess, am 25. September 1923.

## Das Ende des Ruhrkampfes.

Aufsatz des passiven Widerstandes?

Ostern mittags 12 Uhr hatte das Reichskabinett eine Besprechung mit Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiet. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reiches dar, die bei längerer Weiterführung der Ruhrkredite wirtschaftliche, soziale und innerpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müsse, die von Regierung und Volk nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung, mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Vorbedingungen — Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr — schon vor einem Abbruch des passiven Widerstandes sichern, erfolglos geblieben sind. Daher sei auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes kein Ergebnis für eine Besserung der außenpolitischen Lage mehr zu erwarten. In den an die Darlegungen des Reichskanzlers sich anschließenden Besprechungen stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes, mit Ausnahme der Deutschnationalen, geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den aus der finanziellen Erstickung sich ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schluss gezogen werden müsse; sonst bestehe die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirksame Waffe gegen den rechtsdrückenden Eindruck war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde. Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur geordneten Arbeit zurückzuführen. Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, erteilte der Reichskanzler sich, daß die Verantwortung für den Entschluß zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei der Durchführung der nun notwendig werdenden Maßnahmen mitzuwirken.

Am Nachmittag hatte im Reichskanzlerhaus ein großer Kreis von Vertretern der Wirtschaftskammern und Berufsstände der besetzten Gebiete eine Zusammenkunft mit den Mitgliedern des Reichs- und des preussischen Kabinetts. Der Reichskanzler gab den Anwesenden von der einmütigen Auffassung der Reichsregierung über die Notwendigkeit der Stilllegung des passiven Widerstandes Kenntnis. Dagegen wurde von keiner Seite Widerspruch erhoben. Vertreter aller anwesenden Gruppen sprachen sich zu der einschlägigen Art des Abbruchs aus und äußerten ihre Wünsche hierzu im Interesse der Bevölkerung von Rhein und Ruhr. Uebereinstimmung herrschte darüber, daß die Wiederaufnahme der Arbeit geschlossen nach einheitlichen Richtlinien erfolgen und ein Sondervergehen einzelner Gruppen unbedingt unterbleiben müsse. Zum Schluss betonte der Reichskanzler, die Reichsregierung werde auch weiter an ihren Zielen — Rückführung der Vertriebenen, Befreiung der Gefangenen und Wiederherstellung der Hoheitsrechte an Rhein und Ruhr — unter allen Umständen festhalten. Die Versammlung endete mit einem festen Bekenntnis zur inneren- und äußeren Einheit des Reiches.

Berliner Blätter über die Besprechungen.

Die Mitteilung über die gestrigen Besprechungen der Reichsregierung mit den Vertretern des besetzten Gebietes über den Abbruch des passiven Widerstandes wird von einem großen Teil der Presse ohne Kommentar wiedergegeben. Von den deutschnationalen Blättern äußert sich nur die „Deutsche Tageszeitung“, die ihr Urteil in die Worte zusammenfaßt: Die neue Regierung ist jetzt sechs Wochen am Ruder. Das bisherige Ergebnis ihrer Politik ist nach außen ein nicht mehr zu verachtendes Resultat, nach innen kaum besser, nämlich ein Nichts.

Das „Berl. Tageblatt“ rechtfertigt den Beschluß der Reichsregierung über den Abbruch des passiven Widerstandes mit dem Hinweis auf die gewaltigen Mittel, die dieser Kampf verschlinge und die nicht länger zur Verfügung ständen. Habe doch die letzte Woche allein 800 Millionen Papiermark gekostet, eine Zahl, die in rascher Progression von Tag zu Tag steigen würde. Wenn Deutschland jetzt den passiven Widerstand abbricht, so schließt das Blatt, so hat es zwar eine Schlacht verloren; der Kampf muß aber weitergehen, der Kampf um die Wiedergewinnung des deutschen Volkes, um die Wiederherstellung der deutschen Souveränität, um die Behauptung der deutschen Einheit.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Die amtliche Erklärung bedeutet einen Abbruch und einen Anfang. Sie sagt ohne Umschweife, was ist, und zeigt einen Mut zur Verantwortung, der leider in früheren kritischen Tagen des Deutschen Reiches gefehlt hat. Das Kabinett Stresemann hat in der knapp bemessenen Zeit, die ihm gegeben ist, alles versucht, um die abgestumpfte Waffe des passiven Widerstandes so wirksam wie möglich zu gestalten im Interesse der Kämpfe an Rhein und Ruhr. Das Ergebnis dieser Bemühungen war negativ.

Fortdauer der Besetzung.

Der „Tempo“ meldet, daß die sich anbahnende Verzögerung in der Ruhrzone die militärischen Maßnahmen

Frankreich zunächst unberührt läßt. Die am 1. Oktober einsetzenden Truppenverschiebungen und -abstellungen nach dem besetzten Gebiet bleiben in Kraft. Der Oberste Kriegsrat hat am Freitag beschlossen, die Truppenstärke im besetzten deutschen Gebiet auch für das vierte Vierteljahr 1923 in gleicher Höhe wie bisher bestehen zu lassen.

## Der Retter.

Warum hat Deutschland den passiven Widerstand verlassen? Und warum kann es ihn nicht fortsetzen? Auf beide Schicksalsfragen hat Poincaré in seinen letzten Sonntagreden treffender, als es wahrheitsgemäß seine Absicht war, geantwortet. — Die erste Antwort ist in den Sätzen enthalten, mit denen der französische Ministerpräsident zu Beginn vertritt, daß Frankreich die Großmacht, die er für den Ruhrkrieg anführte, schon früher geliebt habe. Allerdings nicht ganz freiwillig. Würde nicht, fragt Poincaré, die Verbandsmacht im Herbst 1918 im Stande gewesen, ihren militärischen Sieg zu verfestigen, und hätte Frankreich nicht damals schon an den Rhein, über den Rhein gehen können? Möglich. Wenn aber Poincaré sein Bedauern über diese Verhältnisse ganz offen kund gibt, so spricht er auch Klarheit damit aus, warum das deutsche Reich im Januar dieses Jahres den Widerstand aufnehmen mußte: „Um, soweit es in den deutschen Kräften stand, zu verhindern, daß Frankreich nachholte, was es einige Jahre früher hätte ungern unterlassen sollte.“

Da jedoch die Beschlüsse von Versailles nicht mehr zu ändern sind, und da sogar der neue Sieg der französischen Fähigkeit die Wirkungen des Widerstandes nicht völlig hat auslöschen können, wendet sich Poincaré nunmehr den kommenden Tagen zu und warnt, laut in der Haltung eines Retters, das deutsche Volk vor dem „Abgrund“. Auch das ist ein Bekenntnis; und es ist zugleich die Antwort auf die zweite Frage. Deutschland ist unzulänglich geworden, den passiven Widerstand fortzuführen, weil seine Finanz- und Wirtschaftslage das bei uns schon abgebrachte, in dem Munde des französischen Ministerpräsidenten immerhin auffällige Gleichwort „Abgrund“ in der Tat rechtfertigt. Und es ist in diese Lage geraten, weil Frankreich eine Bürgerpflicht trüb, deren sichtbare Ergebnisse durch die nicht zu leugnenden schwersten Fehler deutscher Finanzpolitik nur verstärkt werden konnten, nicht ursprünglich verschuldet wurden. Poincaré gibt das zu, indem er betont, daß Deutschland noch hart am Rande des Abgrundes dem Sturz entgegen könne, wenn es sich den französischen Forderungen füge; sonst sei es allerdings nicht zu retten. Das bedeutet doch wohl, daß Poincaré mit voller Berechnung wartet, bis der Abgrundrand tatsächlich erreicht ist, und bis Deutschland zwischen diesem Rand und dem Vertorger keine Schwitzworte Raum mehr behält.

Was aber soll Deutschland tun, um die Ratschläge seines neuesten Retters zu befolgen? Poincaré sagt: den letzten Rest des Widerstandes befeitigen, die Leistungen der französischen Neujahrsoffensivität und des „Geldbades“ ausführen, überhaupt zahlen. Dabei unterläßt kein französischer Ministerpräsident der sonderbare Widerspruch, daß er das heutige Deutschland als eines der immer noch reichsten Länder bezeichnet. Ein reiches Land würde doch wohl selbst dann noch vor seinem Abgrund, wenn es, bei zerrütteten Staatsfinanzen, von einem Gläubiger von der Härte des französischen Vorgehens bedrängt würde. Sozialistisch gerichtet französische Blätter haben diesen Widerspruch denn auch sogleich erlirmt und fragen den Ministerpräsidenten, welche Zahlungsfähigkeit er einem seit 1918 unverändert erschwärzten Deutschland für die nächsten Jahre denn zutraue? Solche Kritik hätte in Frankreich freilich geringe Wirkung, wenn nicht der wirtschaftssozialistische Antagonismus der Sozialisten, der Großkapitalist Voucheur, in anderer Form genau das Gleiche sagte. Voucheur, dessen Neuerungsgewandtheit in der französischen Presse wiederzugeben wurden, unterstützt natürlich die Politik Poincarés, deren Einbilder er in wirtschaftlichen Dingen sogar zu sein scheint, erklärt die Schaffung eines neuen deutschen Geldes und die Ordnung des Staatshaushaltes für verhältnismäßig leicht, nennt die Währungsvernichter mit Hilfe der Rotenpresse ein Verbrechen, wiederholt die bekannten Vorwürfe gegen einen Staat, der sich durch künstliche Schuldvermehrung „bereichert“ habe — legt aber hinzu, daß dies auf Kosten des „ruinierten“ deutschen Mittelstandes geschehen sei. Eine Kritik aber, die in einem so wesentlichen Teil ihrer Träger verarmt und benachteiligt ist, kann unmöglich gesund und unermindert leistungsfähig sein. Das wird Poincaré bei seinen Deutschlandretterabsichten doch wohl erwägen müssen.

## „Neumark“, nicht „Vodenmark“.

Der Entwurf zur Errichtung einer Währungsbank, der vor kurzem von der Presse veröffentlicht worden ist, hat eine Reihe von Änderungen erfahren, die von so einschneidender Bedeutung sind, daß mit einer wesentlichen anderen Struktur der neuen Notenbank zu rechnen ist. Die Bezeichnung für die neue Währungsform wird nicht „Vodenmark“, sondern „Neumark“ sein.

## Propaganda für eine rheinische Republik.

Zusammenkünfte in Wiesbaden.

Wie in anderen Städten des Rheinlandes in der letzten Zeit, so wurde auch am vergangenen Sonntag in Wiesbaden eine Verammlung der Rheinischen Volksvereinigungen zur Propaganda für eine rheinische Republik abgehalten. Schon am Vormittag durchzogen Patrouillen die Stadt. In den Nachmittagsstunden wurde die ganze Umgebung des Kurhauses abgesperrt. Gegen 3 Uhr kam ein Zug vom Bahnhof, der eine grün-weiß-rote Fahne mitführte und sich zum Kurhaus bewegte. Zu Beginn der Versammlung war der große Saal des Kurhauses ziemlich voll besetzt. Rentmeister Simon aus Frankfurt begrüßte die aus der Pfalz aus Rheinischen, aus Nassau und dem Rheingau erschienenen Mitglieder und erklärte, die Rheinische Volksvereinigungen könne unmöglich länger dulden, daß von Berlin eine Unmenge Geldes zur Unterdrückung der rheinischen Bewegung verschleudert werde. Darauf richtete der Separatistenführer Matthes heftige Angriffe gegen die Berliner Regierung und stellte folgende Forderungen auf: Rheinische Währung, hinreichende Versorgung mit Lebensmitteln, Steuern und Abgaben müßten im Lande bleiben, Bildung eines rheinischen Wirtschaftsrats, nur noch rheinische Beamte, rheinische Eisenbahnen und rheinische Post. Die Schlußansprache hielt Dr. Dörten, der den Willen zur Verständigung mit Frankreich und Belgien in den Vordergrund stellte. Nach Schluß der Versammlung zogen die auswärtigen Teilnehmer zum Bahnhof. Auf dem Wege dorthin kam es in der Wilhelmstraße und in der Kaiserstraße zu Zusammenstößen. Die Drohrede auf die Rheinische Republik wurden mit Gegen-demonstrationen beantwortet, wobei es zu Tätlichkeiten kam. In der Wilhelmstraße wurde ein junger Mann blutig geschlagen. In der Kaiserstraße wurde mehrfach geschossen; dabei wurde ein junger Mann schwer verwundet. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Falsche Gerüchte

über Bildung einer rheinischen Republik.

Gerüchte, die vor allem im besetzten Gebiet umlaufen und sogar in die Presse Eingang gefunden haben, behaupten, daß die Bildung einer rheinischen Republik die Willkür der Reichsregierung finde. Es braucht nicht betont zu werden, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren. Es liegt auf der Hand, daß ihre Verbreiter damit nur den Zweck verfolgen, ihren reichsfeindlichen Sonderinteressen zu dienen.

## Zwei Schutzpolizisten in Düsseldorf erschossen.

In Düsseldorf, in der Sonntag-Nacht wurden an der Ecke der Volksgartenstraße und der Oberbiller Straße zwei dienstittende Wachmeister der Schutzpolizei, Robert Kosen und Karl Woy, durch mehrere Revolvergeschosse getötet. Als Täter kommen nach Zeugenaussagen zwei Männer in Betracht, die nach der Tat in der Richtung des Volksgartens davonliefen. Anschließend haben die Täter zu einer Gruppe von Männern gehört, die aus einer Versammlung von Sonderbündlern in M. Gladbach gekommen waren, sich in einer dem Tatort gegenüberliegenden Gastwirtschaft aufhielten, heftige Reden gegen die Berliner Regierung und Brechen hielten und Drohreden auf die Rheinische Republik ausbrachten. Einer der Männer zeigte dabei einen Revolver.

## Die Münchener Zusammenkünfte.

München. Nach einer Mitteilung der Münchener Post sind die Zusammenkünfte zwischen Mitgliedern des Bundes „Oberland“ und Sozialisten am Sonnabend ersterer Natur gewesen, als nach der ersten Meldung angenommen war. Nach Eintreten der Dunkelheit wurden im Südwinkel Münchens ganze Straßenzüge von den Mitgliedern des Bundes „Oberland“ abgesperrt. Es wurde blindlings aus Karabinern und Pistolen geschossen. Die Straßenzüge wurden aufgeföhrt, die Häuser zu schließen. Dieser Aufforderung folgten sofort Schüsse. Man drang in Häuser ein, misshandelte Straßenzugbassanten und schoß blindlings. Die Eisenbahner hatten sich gewelert, am Samstag einen Vertrag mit Rampenbeschäftigten, die bewaffnet waren, ins Kartal zu befördern.

## Klare Befehle des Reichswehrministers.

Der Parteivorsitzende der Deutschen demokratischen Partei tagte am Sonntag im Reichstag von morgen 9.30 bis in die späten Abendstunden. Wir werden über die Tagung noch berichten. Im Laufe der Vorträge nahm auch Reichswehrminister Döcker zu Ausführungen über die Reichswehr das Wort. Er gab folgende Erklärung ab: „Sie können sich darauf verlassen: wenn der Ruf kommt, dann wird klar befohlen und klar gehandelt, und ich glaube auch an einen klaren Erfolg.“ Der Minister warnte davor, die innerpolitische Gefahr zu unterschätzen, die die nächsten Wochen bringen können, und erklärte, mit seinem Namen und seiner Ehre dafür einzustehen, daß die Reichswehr die verfassungsmäßige deutsche Regierung gegen jeden Angriff, von welchem Seite er komme, führen werde.

### Dr. Zeigner über den Fall Gehler.

Auf dem Berliner Bezirksparteitag der Sozialdemokratie hielt der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner eine Rede, in der er, wie die „Tel.-An.“ berichtet, über seinen Kampf gegen den Reichswehrminister Dr. Gehler u. a. folgendes ausführt:

Neben der Reichswehr bestehen illegale Kampfbünde, von denen man getrenntlich der Ansicht war, daß sie die große Reserve hinter der Armee und werden für den Ernstfall einer Auseinandersetzung mit unseren außenpolitischen Gegnern gebraucht. Entscheidend ist die Frage, wobei sich diese illegalen Organisationen rekrutieren. Fast alle aus den entlassenen Gegnern der Republik. Im wesentlichen sind es Nationalsozialisten und deutschvölkische Turnerschaften. Wenn Massenlager aufgedeckt werden und die Polizei die kraftredliche Verfolgung eingeleitet hat, so erwidert sich immer wieder, daß die Verfolgung der Angehörigen eingestellt und die Verhafteten entlassen werden müßten, weil die Beschuldigten erklärten, wir handeln ja im Einverständnis mit der Regierung des Reiches. Bei den letzten Besprechungen in Berlin ist uns unverständlich in Aussicht gestellt worden unter anderem, daß man durch einen Beschluß des Reichskabinetts Klipp und Klar von den illegalen Organisationen abtrennen werde. Reichswehrminister Dr. Gehler hat gesagt, daß bis zur Jahreswende solche Beziehungen beibehalten hätten, aber seitdem nicht mehr. Wir könnten das sofort an Hand von vielen polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, bei denen bis zu 22 Zeugen vernommen worden sind, nachweisen, daß diese Beziehungen bis zum 2. September noch gepflogen worden sind. Er erklärte, er wisse nichts davon. Um so schlimmer! Dann arbeitet der Apparat hinter seinem Rücken. Wir wurde dort unverständlich in Aussicht gestellt, daß Reichskabinettsbeschlüsse durch einen Beschluß von drei Beziehungen zu den Organisationen abzurufen. Es verbietet erwähnt zu werden, daß der Reichswehrminister Dr. Gehler ihm zugestimmt hätte. Jedoch ist dieser Beschluß nicht in die Öffentlichkeit gekommen. Der sächsische Landtag sollte ursprünglich sofort einberufen werden. Schließlich ist wenigstens erzielt worden, daß in der ersten Oktoberwoche der Kampf gegen Dr. Gehler in aller Öffentlichkeit in Sachsen geführt wird. Die ganze Frage drängt auf eine Klarstellung hin. Ich weiß, daß man bis tief in die bürgerlichen Reihen hinein den Streit um die Reichswehr müde ist, denn es handelt sich hier nicht um die Person Gehler's, die Person ist uns gleich, es handelt sich hier um das System.

### Die Deutschnationalen gegen die Nationalliberale Korrespondenz.

Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, die gegen die Nationalliberale Korrespondenz polemisiert. Es heißt darin:

Die Korrespondenz stellt vier Fragen, deren erste drei nach der Finanzierung und Gehalts der fortgesetzten Ruhrkämpfe sowie nach der Gestaltung der deutschen Währung lauten. Wir fragen demgegenüber nur: Weshalb müssen die von der Reichsregierung an Frankreich angebotenen Goldzahlungen gerade für die Unterwerfung unter Frankreich erneutes Taktat und weshalb sollen sie nicht für die Neubelebung und endlich aktive Führung des Widerstandes verwendet werden? Besser als loskaufen von feindlicher Bedrückung ist die Befreiung durch Einsetzung des eigenen Willens und der eigenen Kräfte der Seele und des Herzens.

Die vierte Frage der Nationalliberalen ist erst die entscheidende. Sie fragt: Wenn der Kampf als machtpolitischer Druck ausgeübt werden soll, wo sind dann die hierzu erforderlichen Machtmittel? Die Nationalliberalen weiß, daß wir hierauf nicht antworten dürfen, selbst wenn wir wollten. Denn sie kennt den Hochverratsparagrafen so gut wie wir. Die Nationalliberalen aber, befangen in dem lächerlichen Aberglauben, die große Zahl, wozu auch die übergroße Hochachtung vor der Technik gehört, weiß nicht, will nicht wissen, daß nicht Zahl und Technik, sondern das Herz in der Brust des Mannes die Entscheidung gibt. Wir deutschen Soldaten haben russische Massenarmee, englische und französische Massenarmee erlebt und trotz unserer geringen Zahl, trotz Unterlegenheit an technischen Mitteln abgeschlagen. Wir konnten allerdings nicht die demokratische englische Frage nach der Wehrheit. Wir waren ja auch königlich-preussische Soldaten, keine demokratische Volksgemeinschaft oder Teutoburgerkämpfer. Deshalb hatten wir auch nicht Angst, und unser Volk, unser ganzes herrliches Volk, hat und kennt noch heute keine Angst, wenn es nur den Willen des Führers sieht zur Tat, dessen Vertrauen fähig, wird es sich und sein Leben einsetzen.

### Etwa 40 Bergleute getötet.

Y. Kattowik. Auf der einer französisch-russischen Gesellschaft gehörenden Grube Nedan in Dombrowa-Gorna, Kreis Borsnik, brach am Donnerstagabend im westlichen Teil der Grube in einer Tiefe von 170 Metern ein Brand aus, der noch weiter wüthet. Der Katastrophe sind bisher 28 Bergleute zum Opfer gefallen. Man rechnet, da noch eine größere Anzahl vermisst wird, mit etwa 40 Toten. Eine Rettungsaktion hat infolge Mangels an Hilfsmitteln erst am Freitag in Angriff genommen werden können. Die Ursache des Unglücks ist darin zu suchen, daß arbeitende Bergleute eine zugemauerte, mit Schlagmetern angefüllte Kammer angefahren hatten.

### Zum Zwischenfall in Albanien.

Die Vorkonferenz trat gestern vormittag zusammen, um über das Ergebnis der Untersuchung über den griechisch-italienischen Zwischenfall in Albanien zu beraten. Bekanntlich läuft am 27. d. M. die Frist ab, die Italien gestellt worden ist, um Korfu endgültig zu räumen.

Die Räumung Korfus, die für den Donnerstag dieser Woche festgesetzt worden war, wird wahrscheinlich, wie Informationen aus Rom belegen, verschoben werden, da Mussolini nicht geneigt ist, den Bericht der internationalen Untersuchungskommission in Janina als zutreffend anzuerkennen, sondern im Gegenteil sich die Ausführungen der in der Minderheit befindlichen Mitglieder der italienischen Kommission zu eigen machen wird. Der Bericht dieser Kommission wird heute in Paris eintreffen, wo er bediskutiert und dann der Vorkonferenz vorgelegt werden wird.

### Aus der Balkanede.

Wie die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet, haben Truppen mit Hilfe der Bevölkerung in einigen Dörfern des Bezirkes Razanik, wo das Sowjetregime ausgerufen worden war, die Ordnung wiederhergestellt. Eine Bande von 50 Kommunisten, die sich in dem südl. von Razanik gelegenen Dorfe Bosvo versammelt hatte, entflohen ins Gebirge, mußte sich jedoch dort ergeben, wobei 2 Führer Selbstmord begingen. Die Aufständigen liefern die Waffen ab. Die Lage hat sich im allgemeinen sehr verbessert. Einigen noch gemeldeten Fällen von Unruhen wird feierlich Bedeutung beilegt.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Projekt gegen die Besetzung des Mannheimer Schlosses. Die Deutsche Volkspartei in Paris ist beauftragt worden, gegen die Besetzung des Schlosses in Mannheim durch französische Truppen bei der französischen Regierung scharfe Verwahrung einzulegen.

Eine Pulverladung für Polen im Danziger Freiheitshafen. Der dänische Dampfer Robert Maerdt lief am Sonntag morgen, von Philadelphia kommend, mit 440 Tonnen für Polen bestimmten rauchlosen Pulvers an Bord in den Freiheitshafen ein. Auf eine Anfrage der Militärabteilung der diplomatischen Vertretung der Republik Polen in Danzig hatte sich der Oberkommissar des Völkerbundes damit einverstanden erklärt, daß die Pulverladung des Dampfers durch polnische Mannschaften geleitet werde, weil der gegenwärtige Einsatz der Hafenarbeiter eine sofortige Entladung des Dampfers nicht ermöglichte. Die Ladung wurde unter der Aufsicht von Schiffsbeamten durch Matrosen zweier polnischer Torpedoboote geleitet.

Die „Rote Fahne“ abermals verboten. Das Polizeipräsidium in Berlin teilt mit: Da die „Rote Fahne“ seit ihrem Wiedereintreten am 16. September fast in jeder Nummer von neuem Mitglieder der gegenwärtigen Reichsregierung und der preussischen Landesregierung beschimpft und verunglimpft und dadurch zugleich die geltende republikanische Staatsform herabwürdigend hat, ist die „Rote Fahne“ samt ihren sogenannten Kopfschaltern, der „Roten Fahne für die Provinz Brandenburg“, der „Roten Fahne der Bauern“ und der „Volkswacht“ auf die Dauer von zwei Wochen vom Polizeipräsidium in Berlin verboten worden.

Kommunistische Waffenslager aufgedeckt. In den letzten Tagen sind in Berlin von der politischen Polizei kurz nacheinander zwei kommunistische Waffenslager entdeckt und beschlagnahmt worden, die, wie der „Vorwärts“ behauptet, für Zwecke des Bürgerkrieges in Deutschland von amtlichen Organen der Berliner russischen Vertretung errichtet worden seien.

Verhandlungen über Goldlöhne in Hamburg. In Fortsetzung der von den Gewerkschaften beschlossenen außerparlamentarischen Aktion fand gestern mittag im Hafen, bei den Zeitungsbetrieben und bei einigen anderen Großbetrieben ein zweitägiger Streik statt, der bewies, die Arbeitgeber zu Verhandlungen über Goldlöhne zu bewegen. Die Abendblätter sind mit Berichterstattung erschienen. Die Verleger veröffentlichten eine Erklärung, in der sie betonten, daß bei Wiederholung einer solchen Maßregel die Zeitungsverleger sich gegenseitig helfen würden, ihre Betriebe zu schließen.

### Holland.

Sozialdemokratische Massenkundgebungen. Am Sonntag wurde von der sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsbund eine Massenkundgebung veranstaltet gegen den Militarismus, für Befreiung des 8-Stunden-tages, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben und die Sozialisierung. An der Kundgebung, die von den Blättern als die größte jemals in Holland veranstaltete bezeichnet wird, nahmen 60- bis 70000 Personen teil.

### Griechenland.

Die Wahlen verhängen. Nach einer Blättermeldung aus Athen hat die griechische Regierung den Tag der Wahlen auf den 2. November verschoben. Als Grund wird angegeben, Peimidis habe sich geweigert, an die Spitze einer griechischen Einigungspartei zu treten.

### Frankreich.

Die Session der Generalräte eröffnet. In 23 Departements wurde gestern die Session der Generalräte eröffnet. In den Eröffnungsvorträgen beschäftigten sich die verschiedenen wiedergewählten Präsidenten mit der politischen Lage.

### Japan.

Der Wiederaufbau in Tokio. Die Wiederaufbaukommission hat beschlossen, einen Erlaß zu veröffentlichen, der die Regierung ermächtigt, Baumaterial und Gegenstände des täglichen Bedarfs im Gesamtwert von 100 Millionen Yen zu kaufen bzw. zu verkaufen, sowie die Ausfuhr solcher Artikel zu verbieten. Die Behörden beschließen, sofort mit dem Wiederaufbauarbeiten im Hafen von Yokohama zu beginnen. Die Kosten werden auf zehn Millionen Yen geschätzt.

### Amerika.

Verkauf von Schlachtschiffen. Die Regierung gibt bekannt, daß 21 Schlachtschiffe und Kreuzer entsprechend dem Washingtoner Marine-Abkommen zum Abbruch verkauft werden sollen. Die ersten sechs Schiffe werden am 25. Oktober zum Verkauf angeboten werden.

## Deutsches und Sächsisches.

Mies, den 25. September 1923.

— Die Schlagnahme wurde ein Bogen Winterapfel, der von einem vor etwa 10-12 Tagen ausgeführten Diebstahl herühren dürfte. Der Geschädigte wollte sich sofort mit der diesigen Polizei in Verbindung setzen.

— Der M.-H.-B. „Sängerkränze“ (Leitung Kurt Golle) wird die Feier seines 40jährigen Bestehens am nächsten Sonnabend durch die Aufführung des Rombergischen Chorwerkes „Das Lied von der Glocke“ besonders auszeichnen. An den festlichen Partien des Werkes beteiligen sich einheimische Kräfte (Frl. Sule Golle, Frl. A. Jensch, Herr Horst Krause, Herr F. Schmidtgen), sowie Herr Georg Meyer-Gröblich. Das Konzert beginnt 7 1/2 Uhr und werden zu diesem Zeitpunkt die Saaltüren geschlossen. Im übrigen sei auf das Inserat in heutiger Nr. verwiesen.

— Warnung für Abnehmer elektrischer Stromes. Ein Abnehmer des Elektrizitätsverbandes Gröden aus der Wehrmer Gegend hatte verbotenerweise seine Kraftpaushalterung Dritten zur Ausnutzung überlassen. Während die Verbandsleitung des Elektrizitätsverbandes bisher lediglich durch Geldstrafen den entlassenen Schaden ausglich, werden nunmehr bei der Häufigkeit dieser Diebstähle dieselben zur Anzeige gebracht. Im vorliegenden Falle, der vor reichlich 4 Wochen zur Aburteilung kam, wurde der betreffende Stromabnehmer zu insgesamt 30 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt. Bei heutiger Aburteilung würde es sich um eine Geldstrafe von einigen Milliarden handeln. Die Abnehmer elektrischer Energie seien daher durch diesen Vorfall allgemein gewarnt.

— Herbst-Anfang. Schon längst verspürten wir draußen im buntschillernden Blätterwald, im Abzug der Äpfel, im Abnehmen des Tageslichts, im Brausen der Winde das Nahen des Herbstes. Nun ist aber die Jahreszeit zwischen Sommer und Winter auch astronomisch herangekommen, denn der Herbst fängt auf der nördlichen Halbkugel der Erde mit dem Augenblick an, in dem die Sonne beim jährlichen Wärtigen von Nord nach Süd in den Äquator tritt, und endet, wenn die Sonne ihre größte südliche Declination erreicht hat, dauert also vom 23. September bis zur Winter-Sonnenwende (22. Dezember), dem längsten Tag. Der Charakter der Herbstwitterung pflanzte sich anfangs wie in diesen Tagen beständig und klar, zum Schluß veränderlich und meist feucht und trübe zu sein. Heute ist in den letzten Tagen der Herbstwetterperiode in den das leuchtende Seitenhaar der Sommerfärbung, und wenn es auch noch zwischen dem Mittags strahlender Sonnenstrahlen waldrot aufstrahlen läßt — sein Plans

ist gebildet und Kraft nicht mehr den Namennden Winters aus auf Feld und Wald, auf See und Berg. Einblättern fällt die letzte Rose. Ein kühler Lufthauch fährt vom Berg herab über die Stoppeln und weht, daß er bald schon den Tauf der schwebenden Kartoffelreue tragen wird. Der Sommer hat sein Werk getan. Der Herbst ist da und bringt die Früchte zur Reife, die dem Sommer zu danken sind.

— Dentisten-Ortsgruppe Großenhain. Mies. Am Sonntag, den 23. September, versammelte sich die Dentisten-Ortsgruppe von Mies und Großenhain und Umgebung, einem Rufe der Leitung des Großbezirks Sachsen des Reichsverbandes Deutscher Dentisten folgend, im Spielesaal des Bahnhofs Mies, um über die Maßnahmen zu beraten, welche durch die wirtschaftliche Notlage des Dentistenstandes notwendig werden. Nach längeren Ausführungen des Bezirksleiters des Großbezirks Sachsen und zwei Dresdener Vertreter des Bezirkes beschloß man die Gründung einer Ortsgruppe Großenhain-Mies, welche dem Reichsverband Deutscher Dentisten angegliedert ist.

— Ein grundloses Gerücht. In der Presse wird das Gerücht verbreitet, daß Ministerialdirektor Fuh im Finanzministerium demnach auf Grund des Beamtenpflanzgesetzes in den einseitigen Vorkauf verkehrt werden solle. Dieses Gerücht ist durchaus unbegründet.

— Die Not der Presse. Auch die „Südamerikanischen Nachrichten“ sind ein Opfer der Not der Zeit geworden und haben am Sonnabend ihr Erscheinen eingestellt. — Die Mitteilungen der Handelskammer Rittau haben nach 10jährigem Bestehen ebenfalls aufgehört zu erscheinen.

— Kreditbeschaffung für die Kartoffelversorgung. Zur Kreditbeschaffung für die Versorgung der sächsischen Bevölkerung mit Kartoffeln ist in Dresden die Sächsische Kartoffelkreditgesellschaft m. B. G. gegründet worden, der die Sächsische Staatsbank, die Girozentrale Sachsen, der Landeskulturat und der Verein Sächsischer Kartoffelgroßhändler (G. V.) in Dresden als Gesellschafter angehören. Geschäftsführer ist der Präsident der Sächsischen Staatsbank. Die Reichsbank hat der Gesellschaft bis zu weiteren einem Kredit bis zu einer Million Mark in Papiermark zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden nur „gedruckte“ Kredite, zur Hälfte in Papiermark, zur anderen Hälfte wertbeständig gewährt. Der Zinssatz für die Papiermarkkredite ist der jeweilige Reichsbankdiskontsatz, d. h. 90% für die wertbeständigen Kredite der jeweiligen Lombardzinsfuß der Reichsbank, d. h. 10%, zuzüglich des Zinseszinses nach dem Schlüssel der Reichsbank. Die Papiermarkkreditgewährung geschieht in der Weise, daß die Reichsbank Wechsel mit guten Unterchriften und einer Laufzeit von 14 Tagen diskontiert, die von der Kreditgesellschaft auf Mitglieder des Kartoffelgroßhändlervereins und auf Konsumvereine gezogen werden. Ueber die Verteilung der Kredite soll ein Ausschuss beschließen, dem ein Vertreter des Sächsischen Gemeindegeldes, des Verbandes der Bezirksverbände, des Verbandes der Konsumvereine, des Kartoffelgroßhändlers und des Wirtschaftsministeriums angehört. Die laufenden Geschäfte führt der Vertreter des Sächsischen Gemeindegeldes (Anschrift: Geschäftsstelle des Sächsischen Gemeindegeldes, Dresden, Neues Rathaus).

— Ferner können Kredite auch bei der Reichs-Kartoffelkreditbank in Berlin genommen werden, die in Dresden unter der Leitung des Regierungsrates a. D. Dr. Kaufmann, Dresden-V., Bürgerstraße 24 (Telefon 23 870) eine Kreditkommission errichtet hat. Die Bank stellt Wechsel aus, die von der Reichskreditstelle garantiert und von der Reichsbank honoriert werden. Alles Nähere ist von dem Leiter der Kreditkommission zu erfahren.

— Ein neues Markenbild zeigen Briefmarken, die die Reichsbank jetzt in Tausend-Werten herstellt und die in Kürze ausgegeben werden. In einem Kreise steht in dessen halber Größe die Zahl 5, darunter die Worte Tausend Mark in Umschrift. Ein Band am oberen Rande trägt die Worte Deutsches Reich, ein zweites am unteren 5000 Mark, beides in Umschrift, also verschiedene Schriftarten auf derselben Marke. In den vier Ecken am Kreise sind vier Köpfer abgebildet. Die Marken werden einfarbig auf Wasserzeichen-Papier in den Werten zu 5, 25, 50 und 75 Tausend hergestellt. Zunächst werden die Marken zu 5000 Mark ausgeben und zu 50000 Mark gelddraht geliefert.

— Ein angeblicher Ruhrvertrübener. Das Landeskriminalamt in Dresden macht auf einen Dieb und Betrüger aufmerksam, der als ein angeblich Ruhrvertriebener Schneidergeselle Christoph Boldt, Bowitz oder unter anderen falschen Namen bei Schneidern um Beschäftigung nachgesehen und, aus Mitleid als Arbeiter angenommen, nach kurzer Zeit unter einem Vorwand verschwunden. Was er unauffällig beiseite schaffen kann, heißt er mitgeben. Bisweilen stellt er sich taubstumm und bringt zum Ausdruck, durch Schreck Sprache und Gedächtnis verloren zu haben. Der Täter ist etwa 24 Jahre alt, mittelgroß, schlank, hat rötliche Gesichtsfarbe und trägt kurzgeschneittenen Schnurrbart und langes nach hinten gekämmtes Haar. Als besonderes Kennzeichen sind zwei Goldzähne im Oberkiefer, sowie eine rötliche Runbart zu beachten. Das Landeskriminalamt warnt über dem Menschen und ersucht, unter Hinweis auf diese Presse-notiz, seine Festnahme voranzutreiben zu wollen.

— Zur Einberufung des Landtags. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: In einem Leipziger Blatte wird behauptet, daß die Einberufung des Landtages gegen den Willen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion vom Ministerpräsidenten Dr. Zeigner durchgeführt sei, der unter dem Druck der Kommunisten handle. Es ist nicht richtig, daß die Einberufung des Landtags für Anfang Oktober unter dem Druck der Kommunisten durchgeführt worden ist. Am Montag den 17. September hat eine telephonische Verständigung zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Vorkonferenz der Sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Landtagsabgeordneten Wirth, und dem Landtagspräsidenten Wintler stattgefunden. Dabei wurde übereinstimmend festgestellt, daß es der Sinn des am Sonnabend gefassten und in der Presse veröffentlichten Beschlusses sei, daß der Landtag für Anfang Oktober zusammenberufen werden. Da der Beschluß in dieser Richtung aber nicht völlig eindeutig ist, erschien es angebracht, durch einen besonderen Antrag der Regierung für die Einberufung des Landtags auf Anfang Oktober die formale Grundlage zu schaffen.

— Anfragen der Deutschen Volkspartei. Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat im Landtag mehrere Anfragen an die Regierung eingebracht. Die eine betrifft die Verlegung einer Anzahl höherer Staatsbeamten auf Grund des Beamtenpflanzgesetzes in den einseitigen Vorkauf. Es wird gefragt: Welche Tatsachen berechtigen die Regierung zu der Annahme, daß die betroffenen Beamten eine Gefahr für die bestehende Staatsform bedeuten? Warum wendet die Regierung das Gesetz nicht bei solchen Beamten an, die den Plan einer verfassungswidrigen Diktatur von links unterstützen? — Weitere Anfragen betreffen die militärischen Verordnungen der kommunistischen Hundertschaften in Dresden und Leipzig. Die Regierung wird gefragt, wie sie sich zu den Vorgängen stellt und was sie zu tun gedenkt, um das staatliche planmäßige Untergraben der illegalen Organisationen aller Art ungeschädlich zu machen. — Weit Bezug auf den Ueberfall in der Dresdener Heide auf wandernde Jagdler am 26. Aug. durch eine proletarische Hundertschaft wird angefragt, ob die Regierung den Vorgang kennt und was sie zu tun gedenkt, um solche kulturunwürdige Erscheinungen künftig



## 75 Jahre evangelischer Liebestätigkeit.

Gedächtnisfeier des Central-Ausschusses für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche.

Lutherstadt Wittenberg, 2. September.  
epd. Wieder ist die Lutherstadt Wittenberg der Schauplatz einer von der Teilnahme weitestverbreiteter Kreise getragenen Gedächtnisfeier. Wilt sie diesmal nicht dem großen Sohn der Lutherstadt selbst, so einem Großen der evangelischen Kirche nach Luther, dessen Name gleichfalls mit Wittenberg aufs engste verknüpft ist: Johann Hinrich Wichern, der von hier im Revolutionsjahr 1848 seinen gänzlich bedingten Ruf für das Werk der Inneren Mission ergehen ließ. Die Frucht dieses Aufstrebens des geistesgewaltigen Mannes war die Gründung des Central-Ausschusses für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche, der heute auf sein 75jähriges Bestehen zurückblickt.

Der schlichte Feiertag dieses Erinnerungstages selbst gehen voraus und folgen wichtige Arbeitsberatungen der Mitarbeiter der Inneren Mission. Trotz der wachsenden äußeren Schwierigkeiten sind eine stattliche Anzahl von Mitarbeitern und Gästen anwesend.

Die Feier begann, wie das in Wittenberg schon Sittge geworden ist, mit einer musikalischen Vesper am Sonnabendabend in der Stadtkirche, für die Pfarrer Knolle-Wittenberg die feingepregte Form geschaffen hat. Der Sonntag wurde ebenfalls einer Wittenberger Feststunde entsprechend, eingeleitet durch eine kurze Vesperfeier in Luthers Wohnstube. Dann ging es feierlichem Zug unter Glockengeläut und Volksmusik zum Gottesdienst in der Stadtkirche. Die gefüllte Predigt des General-Superintendenten Westphalen, D. Zöllner-Rüster, stellte die Jahre 1848 und 1923 als Marksteine einer unendlichen folgenreichen Geschichtsentwicklung einander gegenüber. Innere Mission ist innere Reform. Darum vorwärts im Geiste Jesu Christi, im alten Geiste der Inneren Mission, zum Dienst an unserem Volk mit dem Wort und mit der hilfreichen Tat.

Mittags 12 Uhr sammelten sich dann die Gäste mit der Wittenberger evangelischen Bevölkerung in der dichtgefüllten Schloßkirche zum Festakt. Der neue Präsident des Central-Ausschusses, Geh. Kommissarialrat Univ.-Prof. D. Dr. Seeburg-Berlin, sprach ein kurzes Wort der Begrüßung. Den Mittelpunkt bildete eine ungemein reichhaltige geschichtliche Uebersicht des zurzeit besten Kenners der Inneren Mission, Universitäts-Professor D. Wahling-Berlin. Der Redner bezeichnete die Innere Mission als den Ausdruck eines tiefempfindlichen sozialen Verantwortungsgefühls der christlichen Gemeinde.

Darauf ergriff Reichsminister Dr. Döberl namens der Reichsregierung, der preussischen Landesregierung und der sächsischen Provinzialregierung das Wort. Er dankte der Inneren Mission, deren Tätigkeit er als Landespräsident der Provinz Sachsen kennen- und als unentbehrliche Ergänzung der Fürsorge des Staates schätzen gelernt habe, für ihre außerordentlichen Leistungen. Sie sei in vieler Hinsicht der Schrittmacher der öffentlichen Wohlfahrtspflege gewesen.

Es folgten Begrüßungen des Vertreters des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses, Geh. Rat D. Dr. Zudke, der auf die unbedingte Zusammengehörigkeit der Inneren Mission und Kirche hinwies, des Ausländers, der freien Wohlfahrtspflege und der Universitäten. Der Präsident dankte Reich und Staat für ihre tatkräftige Förderung der Inneren Mission, die sich als eine offenbare Staatsnotwendigkeit erwiesen habe. Zum Schluß verkündete er fünf Ehrenpromotionen, die die theologische Fakultät Berlin anlässlich des Jubiläums an verdienstvolle Mitarbeiter der Inneren Mission vollzogen hat: Der zweite Direktor im Zentralauschuss, P. Steinweg, wurde zum Pte. theol. ehrenhalber, der General-Superintendent von Berlin, Burghart, der Leiter des Evangelischen Verbandes der weiblichen Jugend, P. Thiele, P. Ulrich-Berlin und die Leiterin der Frauenschule für Innere Mission, Gräfin von der Schulenburg-Berlin zu Ehrendoktoren ernannt.

Mit einer öffentlichen Volksversammlung am Abend fand die denkwürdige Feier ihren Abschluß. — Morgen tritt die kontinentale Konferenz für Innere Mission und Diakonie in Wittenberg zu wichtigen Beratungen zusammen.

## Gerichtssaal.

Verhandlungen im Gerichtssaal. Der aus großen Dresdner Strafprozessen bekannte Pferdehändler Josef Wilhelm Dietrich aus Nieder-Griesfeld, zuletzt

in Tepitz-Sachsen wohnhaft, mußte sich sehr ernst vor dem hiesigen Landgericht verantworten. Es handelte sich wieder um eine größere Pferdehandlung, begangen im Frühjahr 1920 bei Sedwiz. Dietrich verhaftet gegenwärtig wegen ähnlicher Sachen ein Jahr Zuchthaus. Im letzten Bauren Termin wurden ihm anderweit ein Jahr drei Monate Zuchthaus zubüßert, auch gleichzeitig auf 500.000 Mk. Geldstrafe erkannt. Zu dieser Verhandlung waren u. a. der Dresdner Kriminalhauptwachmeister Lubewig und die Pferdehändler Max Geißler und Abraham Groß aus Dresden-Vieschen als Zeugen vorgeladen. Am Schluß der Verhandlung, in der die internsten Vorgeschichten ans Tageslicht kamen, wurden letztgenannte beide Pferdehändler verhaftet und ein Verfahren gegen sie anhängig gemacht.

## Goldmarken.

Das Goldmarken-Geld. Für die Zeit vom 26. bis 28. September 1923 einschließlich betrug das Goldmarken-Geld 3 479 999 900 v. G. (eine Goldmark gleich 34 800 000 Papiermark).

Eröffnung der Währungs-Wette. In Danzig wurde am Sonntag durch den Senatspräsidenten Sabm die Danziger Währungs-Wette eröffnet, die seit der Währungs-Wette im Jahre 1920 die erste in Danzig abgehaltene Währungs-Wette ist. Die Wette wird bis Ende September geöffnet bleiben.

Die Landabgabe. Der Umrechnungsfuß für die Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe beträgt für die Zeit vom 26. September bis zum 28. September 1923 einschließlich 34 800 000 für 1 eine Goldmark (bisher 33 600 000).

## Sport.

Verein für Bewegungsspiele. Am Sonntag vormittag trafen sich auf dem Sportplatz an der Lindenstraße VfB 3. und Pöbeln 4. zu dem fälligen Verbandsspiel, das VfB 3. nach schönem Spiel mit 4:1 gewann. Die Mannschaft hat somit sämtliche 6 Verbandsspiele erledigt, davon 5 gewonnen, eins blieb unentschieden. — Nachmittags hatte VfB 1. die gleiche Mannschaft des V. T. V. Großenhain zu Gast. Der starke Sturm hinderte sehr, trotzdem konnten die Weißblauen den Gegner mit 3:2 geschlagen nach Hause schicken. — Jugendausflug: Die 1. Jugend trug Nachmittags gegen die 1. Jugend des S. V. Olshaus das fällige Verbandsspiel aus. Olshaus wurde mit 4:0 geschlagen.

VfB 1. gegen Gröblich 4:1 (1:0). Das in Gröblich angelegte Verbandsspiel wurde von Niela kamplos gewonnen, da der Platzhüter zur letztgenannten Zeit unvollständig antrat. Nachdem sich Gröblich verabschiedet hatte, einigte man sich auf ein Gesellschaftsspiel, welches von Niela sicher gewonnen wurde. In diesem Spiel lieferten die Nielaer ein weit besseres Spiel als vor acht Tagen. Die Gröblicher Mannschaft brachte ein eifriges Spiel und zeigte kurz vor Schluß ganz hübsches Können. — Die 2. Elf holte sich von Nielen kamplos die Punkte, da Nielen nicht antrat. — Mit 5:0 mußte sich die 2. Mannschaft von Nünchritz der 3. Elf des RSV beugen.

Damenhandball. Die Deutschen Handballmädchenerinnen S. V. Siemens-Berlin schlagen Nielaer Sport-Verein-Damen 3:0. Mit diesem Kampf fand erstmalig eine sportliche Abteilung des RSV, einem Deutschen Meister gegenüber und dürfte der sportliche Wert dieses Treffens für die Frauensportbewegung Nielas von nachhaltiger Wirkung sein. Die RSV-Damen lieierten den Meisterinnen, obwohl mit Verlaß antretend, einen vollständig offenen Kampf; lediglich das wesentlich kleinere Spielfeld und der aufsteigende Regen waren das Verbännis. Die 3 Tore fielen in der ersten Hälfte, während nach Seitenwechsel und Erwöhnung an die Platzverhältnisse ein leiser spannender Kampf von beiden Seiten einsetzte. Der RSV-Sturm schuf viele gefährliche Momente vor dem Gegner, jedoch war ihm bei der hervorragenden Verteidigung des Gegners kein Erfolg beschieden. Andererseits führten die Siemens-Damen das Spiel in technisch hoher Form und forderten das ganze Können der Nielaer heraus.

## Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenmärkte zu Großenhain. Es wurden notiert (nichtamtlich) am Sonnabend, den 22. September 1923: Weizen 230-250 Mk., Roggen 180-220 Mk., Hafer 180-200 Mk., Sommer-Gerste 230-250 Mk., Kleie 150-160 Mk., R. u. W.-Stroh 10-12 Mk., Heu

25 Mk., Kartoffeln 33-40 Mk., Weizenmehl 70%, 500 Mk., Roggenmehl 70%, 400 Mk., Roggenmehl 85%, 350 Mk. Die Weile verleben sich für den September in Mengen unter 5000 Kilogramm.

Dresdner Schlachtmärkte am 24. September. Auftrieb: 1. Rinder: 67 Ochsen, 62 Bullen, 75 Kalben und Kühe; 2. 189 Rinder; 3. 33 Schafe; 4. 52 Schweine. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt getrieben: 66 Rinder, 72 Rinder, 37 Schafe, 201 Schweine. Weile für 1/2 Kilogramm in Markt für Lebend- und (im Durchschnitt) für Schlachtgewicht: Ochsen: 1. vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren 17 Mk. (30 909 090), 2. junge fleischige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete 15 Mk. (28 846 077), 3. mäßig gemästete junge, gut gemästete ältere 13 Mk. (23 404 350), 4. gering gemästete leben ältere 9 Mk. (22 500 000). Bullen: 1. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes 17 Mk. (30 310 844), 2. vollfleischige jüngere 15 Mk. (27 272 727), 3. mäßig gemästete jüngere und gut gemästete ältere 13 Mk. (25 000 000), 4. gering gemästete 11 Mk. (24 444 444). Kalben und Kühe: 1. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwertes 17 Mk. (30 909 090), 2. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 15 Mk. (28 846 077), 3. ältere ausgemästete Kühe und gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben 13 Mk. (28 888 888), 4. gut gemästete Kühe und mäßig gemästete Kalben 11 Mk. (27 500 000), 5. mäßig und gering gemästete Kühe und gering gemästete Kalben 9 Mk. (26 476 000). Rinder: 1. Doppellender —, 2. beste Mast- und gute Saugrüder 20 Mk. (32 258 065), 3. mittlere Mast- und gute Saugrüder 18 Mk. (30 Mk.), 4. geringe Rinder 16 Mk. (29 080 908). Schafe: 1. Mastlamm und jüngere Mastlamm 18 Mk. (36 Mk.), 2. ältere Mastlamm 16 Mk. (35 555 555), 3. mäßig gemästete Hammel und Schafe (Westschafe) 14 Mk. (37 842 106), Weilschafe 24 bis 28 Mk. (47 372 727). Schweine: 1. vollfleischige des feineren Rasses und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2 Jahr 28 Mk. (35 892 308), 2. Fetttschweine 30 Mk. (37 500 000), 3. fleischige 25 Mk. (33 333 333). Ausnahmepreise für Notiz. Die Weile sind Marktpreise für nächsternes Gemicht der Tiere und schließen sämtliche Kosten des Handels ab: Stall, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umjagsteuer, sowie den natürlichen Gemichtverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Staupreise. Tendenz des Marktes: Rinder langsam, Rinder, Schafe, Schweine gut.

Die amtlich notierten Weile (in Tausenden Mark) waren an der Berliner Weizenbörse pro 50 kg ab Station vom 24. September: Weizen, märkischer, halbfest 300 000, 280-290 000, pommerischer 275 000 bis 280 000, schlesischer 275 000. Fetter, Roggen, märkischer 240 000 - 245 000, schlesischer 240 000 - 245 000. Fest, Sommergerste, märkische 290 000-310 000, Wintergerste, schlesische 275 000-300 000. Felt, Hafer, märkischer 240 000 bis 255 000, pommerischer 240 000 - 250 000, schlesischer 235 000-240 000, westpreussischer 240 000. Felt, Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken über Notiz) 900 000 - 1 000 000. Felt, Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad 750 000 bis 875 000. Felt, Weizenmehl frei Berlin 160 000. Felt, Roggenmehl frei Berlin 160 000. Felt, Hafer 375 000 bis 400 000. Felt, Vitoriaerbsen 600 000-700 000. Kleine Speiserbsen 500 000-600 000. Rapstuchen 170 000 bis 180 000. Trockenkorn 100 000-105 000. Torfmelasse 30/70 100 000-105 000. Kartoffeln 235 000-240 000.

## In diesen Tagen

erhalten unsere geehrten Postbesitzer eine Aufstellung über von den Begiebrern, welche das Nielaer Tageblatt durch den Austräger erhalten, gezahlte Bezugsgebühren auf September 1923. Darnach verbleibt uns von jedem Postbesitzer ein Differenzbetrag, den wir umgehend durch Postkarte auf unser Postkonto erbiten.  
Verlag des Nielaer Tageblattes.

Handl. Beamter, 21 J. alt, Real- u. Landw. Schule, höherer Rechner, m. Buchführung, Verland, Lohn u. Steuerw. vertr., sucht sof. Stellg. i. Kontor. Off. unt. B L 761 an Tagelbl. Niela.

Solide, jge., alleinstehende Frau sucht Stellung als 1. Kfz. als Wirtschaftlerin in frauenlos. Haushalt od. als Stütze in Restaurant, auch zum Wästelbedienen, bei Fam.-Anschluß. Off. an Frau Wilschell, Jeltzhain-Hebungspfad, Rochschell 11

## Für Nichter

ist das Austragen des Nielaer Tageblattes an zuverlässige Leute zu vergeben. Baldgefl. Meldungen erb. die Tagelblatt-Geschäftsstelle Niela, Goethestr. 50.

## 10-15000 qm Gelände mit Viehdanschluch

als Lagerplatz zu kaufen oder auf längere Zeit zu pachten gesucht. Lagerplatz m. feststehenden Betriebsräumen, bevorzugt. Ausführl. Angebote erbeten an: Hubert Maus, Nieder-Griesfeld, Niela.

**Dixin**  
Henkel's  
Seifenpulver

Ein Seifenpulver wie es sein soll preiswert und gut!

## Achtung! Beitrags-Ergänzungstabelle für die Woche vom 24. Sept. bis 29. Sept. 1923.

Wochenverdienst m.	Wochenbeitrag m.	Anteil des Arbeitnehmers m.	Anteil des Arbeitgebers m.
67 381.500.000	48	30.240.000	20.140.000
68 472.500.000	61	33.430.000	25.620.000
69 563.500.000	74	48.820.000	31.080.000
70 654.500.000	87	54.810.000	36.540.000
über			
71 654.500.000	100	68.000.000	42.000.000

Die Lohnkassen kommen bis mit 55 in Wegfall.

## Allgem. Ortstrantantassen Niela und Gröblich.

M.-G.-B. „Süngertranz“ Niela. Sonnabend, 29. 9., Feier des 40. Stiftungsfestes im Hotel Stern, bestehend in Konzert und Ball. Beginn abends punkt 7 Uhr. Zur Aufführung gelangt das Rombergische Chorwerk „Die Glocke“. — Galkarten und nur beim Carl. H. Otto Saunke, 19, zu erlangen.

Für Landwirte! 8 fast neue Futterträge geg. Getreide zu vertauschen. Hof, Gröblich, Georgplatz 4, v. r.

Kaufe gegen bare Kasse Lagerposten Werkzeuge Maschinen ulm. Neuzertres Angebot erbeten an C. Gauriegel, Habebul, Gartenstr. 58. Telefon 889.

Schuhmacher-Rohstoff-Gen. Leder eingetroffen. Abzuholen bei Penzel.

Gehr. auterb. Sofa und Tisch zu kaufen gesucht. Lehmann, Käferberg 3.

Lumpen - Papier kauft Alfred Mann, Stadt Weipzig, Hauptstr. 58

Gummisohlen u. Abfälle billig zu verkaufen. H. Thielemann, Schuh- u. Wanstoff-Lager, Gröblich, Kirchstraße 8 b.

Danksagung. Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter, Schwieger- u. Großmutter, Schwester und Schwägerin Emilie Ernestine Koch geb. Schulze

Die Benutzung des öffentlichen Fußweges an der Elbe, sowie der Privatfuhrwege auf unseren Grundstücken mit Fahrrädern und Handwagen ist bei Geldstrafe strengstens verbot. Wir werden Zuwiderhandlungen unweigerlich zur Anzeige bringen.

Elektrizitätsverband Gröblich.

Freie Badwaren-Preise. Markt

1 Brotchen	600000
1 Pfund Brot	85%
1 Pfund Brot	4500000
1 Pfund Brot	70%
1 Gdruchen	700000
1/2 Pf. Zwieback	4000000

Sachgeld für 1 Wd. Wehl zu Brotchen 1800000

Bäckerinnung Riessa.

Sagen wir hiermit allen unseren herzlichsten Dank, insbesondere Dank der Familie Krause und Herrn Dr. Buschmann für ihre rühmliche Unterstützung, die sie der teuren Entschlafenen zuteil werden lassen. Dank auch der lieben Gemeindefrauen für die liebevolle Pflege und Herrn W. Stempel für die trostreichen Worte am Grabe.

Gröblich, Hamburg, 24. Sept. 1923.

Der tieftrauernde Gatte Franz Koch und Kinder nebst all. Hinterbliebenen.

## Bereinsnachrichten

Schneiderinnung Riessa. Mittwoch, 26. 9., abends 8 Uhr wichtige Besprechung im Wettiner Hof.

Mittwoch 8 Uhr Monatsversammlung. D. Vorkand.

Nach Gottes unerforschlichem Ratsschlus entschieß sanft und ruhig unsere liebe treuergebende, gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau

## Johanne Henriette verw. Junghans

geb. Rothe

im 70. Lebensjahre. Sie folgte nach 5 Wochen ihrer lieben Tochter Lina in die Ewigkeit nach.

In tiefstem Schmerze die trauernden Kinder, Wehlfleuer, Wodewitz, Salbis, Leipzig, Biegenbain, am 24. September 1923.

Beerdigung Donnerstag nachmittags 3 Uhr.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer bergenguten teuren Entschlafenen sagen wir allen denen, welche uns während ihrer Krankheit hilfreich zur Seite standen, sowie für den reichen Blumenbesuch, die vielen Gaben, das ehrende Gedenken, die trostreichen Worte und den schönen Gesang am Grabe unsern innigsten Dank.

Die aber, teure Entschlafene, rufen wir ein „Gute Nacht“ und „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.

Niela, 24. Sept. 1923.

Willy Gausmann nebst Angehörigen

Die heutige Nr. umfasst 4 Seiten.